

Interview mit Dr. Thomas Schikora, Vorsitzender der Sozialkommission der VVN-BdA: Die soziale Betreuung der Mitglieder ist eine aktuelle Aufgabe

Du hast bereits in den vergangenen Jahren Mitglieder aus einigen Landesverbänden in sozialen und sozialrechtlichen Fragen beraten. Was war der Anlass und welche Art von Unterstützung kannst Du geben?

Paragraph 3 der VVN-BdA-Bundessatzung stellt uns die Aufgabe der »Betreuung und Fürsorge für die ehemals vom NS-Regime Verfolgte und deren Angehörige«. Die Satzungen der Landesvereinigungen enthalten ähnliche Formulierungen. Die persönliche Betreuung unserer Mitglieder bei Zusammenkünften in Basisgruppen und durch Besuche derjenigen, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können, muss vor Ort durch die regionalen Leitungen erfolgen, was oft in vorbildlicher Weise geschieht. Ich sehe die Aufgabe der Sozialkommission und damit auch meine Aufgabe vor allem darin, die Mitglieder unserer Vereinigung zu Problemen und Fragen rund um Entschädigungsleistungen zu beraten und zu unterstützen, so dass unsere Mitglieder ihr Anliegen vor den Behörden vertreten können. Den dazu

nötigen Schriftverkehr können wir ihnen abnehmen. Auch eine Vertretungsvollmacht für den Einzelfall ist möglich.

Heute hat unsere Vereinigung nicht mehr viele Mitglieder, die selbst verfolgt wurden oder im Widerstand waren. Hat das die Arbeit im sozialen Bereich verändert?

In zweierlei Hinsicht. Die Anzahl der alleinstehenden alten Mitglieder, um die wir uns kümmern müssen, nimmt zu und die rechtlichen Probleme verlagern sich von der Entschädigung für persönlich Verfolgte auf die Entschädigung von Hinterbliebenen. Auch die Aufgabe der Betreuung der zweiten und dritten Generation nimmt Gestalt an. Denn es haben ja auch die Kinder der NS-Opfer gelitten.

Was waren die hauptsächlichen Probleme, mit denen Du konfrontiert wurdest?

Aufgrund der historischen Entwicklung wurden in beiden deutschen Staaten nach 1945 unterschiedliche Regelungen zur Ent-

schädigung von Opfern des NS-Systems getroffen, die sich stark unterscheiden und noch heute auswirken. Für die »neuen« Bundesländer sind die meisten Probleme mit dem Bezug der Entschädigungsrente und der Gewährung einer Hinterbliebenen-Entschädigungsrente verbunden. Es gibt Möglichkeiten für die Witwen, eine eigene Hinterbliebenen-Entschädigungsrente zu erhalten.

Welche Ziele stellt sich die Sozialkommission, die sich unter Deiner Leitung neu konstituiert hat? Ist es aus Deiner Sicht sinnvoll, solche Kommissionen auch in den Ländern zu gründen?

Wir wollen uns gegenseitig Erfahrungen vermitteln, die wir aus den an uns gerichteten Anfragen gewinnen und diese an die Sozialkommissionen der Länder, soweit solche schon bestehen, weitergeben. Die Bildung solcher Kommissionen in den Landesvereinigungen würde die sozialrechtliche Betreuung unserer Mitglieder wesentlich verbessern.

Wie kann ich die Hilfe der Sozialkommission in Anspruch nehmen, wenn ich zum Beispiel Fragen zu meiner Entschädigungsrente habe?

Am besten, Du wendest Dich direkt an Deinen Orts- bzw. Landesvorstand oder auch an das Bundesbüro der VVN-BdA, das wiederum mit dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln zusammenarbeitet. Es ist günstig, das Problem schriftlich zu schildern und anzugeben, was Du schon unternommen und welche Antworten bzw. Entscheidungen Du von wem erhalten hast. Wichtig: Keine Originaldokumente aus der Hand geben.

Eine letzte Frage: Muss ich auf meine Entschädigungsrente Einkommensteuer zahlen?

Nein. Nach § 3 Punkt 8. des Einkommensteuergesetzes sind Geldrenten und Kapitalentschädigungen, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gezahlt werden, steuerfrei.

G.G.

Esther Bejarano und Hans Lauter Zwei Ehrenvorsitzende feierten Geburtstag

Unsere Ehrenvorsitzende Esther Bejarano, Sängerin, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Mitglied der Lagergemeinschaft Ravensbrück, feierte am 15. Dezember ihren 85. Geburtstag.

Dazu unseren herzlichen Glückwunsch und ein großes Dankeschön für ihren kämpferischen Einsatz: gegen das Vergessen, gegen alte und – leider – immer wieder neue Nazis, für die Bestrafung der Täter und die Entschädigung der Opfer. Ob in Hamburg, als Nazis gegen die „Wehrmachtsausstellung“ demonstrierten und der Wasserwerfer direkt auf die Windschutzscheibe zielte, hinter der sie saß, ob in Frankfurt, als die AG Farben-Aktionäre wieder Geschäfte witter-



Esther Bejarano

ten, ob in Mittenwald, wo Antifaschisten ein Denkmal für die Opfer der Edelweiß-Täger errichteten, ob in Berlin in Sichtweite der NPD-Zentrale – wo Esther gebraucht wird, ergreift sie Partei und das Wort.

Und zum Glück hat sie auch noch eine Stimme, die zusammen

mit Edna und Joram und der Gruppe Coincidence oder mit der Microphone Mafia Säle zum Toben bringt.

Alles Gute, Esther, bleib noch lange gesund!

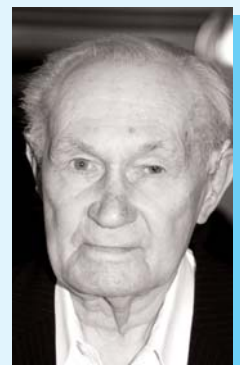
C. K.

Am 22. Dezember war Hochbetrieb im Nationalitätenklub Gshelka in Leipzig-Grünau. Aus nah und fern waren Freunde, Genossen, Kampfgefährten gekommen, um dem Ehrenvorsitzenden Prof. Hans Lauter zu seinem 95. Geburtstag zu gratulieren.

Der Vorsitzende der VVN-BdA, Prof. Heiner Fink, würdigte das Lebenswerk von Hans Lauter und nannte ihn »ein Geschenk Gottes für die VVN«.

Regina Elsner, Erste Sprecherin der VVN-BdA Sachsen, dankte Hans Lauter für seinen gestaltenden Anteil an der Bildung und Entwicklung der VVN in Sachsen und

hob besonders seine tragende Rolle bei den Tagen der Demokratie und Toleranz in Hoyerswerda hervor, die er schon über zehn Jahren mitgestaltet.



Hans Lauter

Wir wünschen Hans Lauter weiterhin eine stabile Gesundheit, viel Kraft und danken ihm für seinen unermüdbaren Einsatz bei der Vermittlung von Erfahrungen und Kenntnissen an die junge Generation.

P.G.

Würdigen öffentlichen Gedenkort schaffen

Gelände des ehemaligen Jugend-KZ Uckermark wartet auf Gestaltung

In enger Zusammenarbeit mit der Lagergemeinschaft Ravensbrück, Freundinnenkreis e.V. engagiert sich die »Initiative für einen Gedenkort ehemaliges Konzentrationslager Uckermark e.V.« seit bereits zehn Jahren für das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers für Mädchen und junge Frauen und späteren Vernichtungslagers Uckermark.

Dieses bis heute weitgehend unbekannte und wenig erforschte Konzentrationslager war 1942 von Häftlingen aus Ravensbrück speziell für Mädchen und junge Frauen errichtet worden. Es liegt direkt, nur wenige 100 m entfernt, von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, mitten im Wald.

Anfang 1945 wurden die meisten Häftlinge von Uckermark nach Ravensbrück gebracht, und das Konzentrationslager wurde zum Vernichtungslager. Im April 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Konzentrationslagers Uckermark und Ravensbrück. Bis 1993 nutzte das sowjetische Militär bzw. die GUS-Truppen das Gelände des ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück, das



Gedenksteineinweihung zum 64. Jahrestag der Befreiung: In Gedenken an die Gefangenen, Gefolterten und Ermordeten des Jugendkonzentrationslagers für Mädchen und Junge Frauen und späteren Vernichtungslagers Uckermark (1942-1945). Ihr seid nicht vergessen. Nie wieder Faschismus.

Siemenslager und das Jugendkonzentrationslager Uckermark. Auf dem Uckermarkgelände wurden Panzerhallen erbaut, die für die Militärfahrzeuge genutzt wurden. Das Gelände wurde neu umzäunt, da es ausschließlich militärisch genutzt wurde.

Unterstützung erbeten

Die Rückbildung der Panzerhallen geschah auf ausdrücklichen Wunsch der Überlebenden des ehemaligen Konzentrationslagers und als wichtigen Schritt, um einen würdigen, öffentlichen Gedenkort auf dem Gelände zu schaffen. Dies ist uns ein großes Anliegen auch im Hinblick darauf, dass die ehemaligen Konzentrationslager Uckermark und Moringen erst 1970 offiziell als KZ anerkannt wurden, was eine wesentliche Bedeutung für das öffentliche Ansehen dieser ehemaligen Häftlinge sowie für sog. Entschädigungszahlungen hatte.

Den Gedenkort zu verwirklichen, dazu wird nun eine schnelle politische Lösung gebraucht. Gelder stehen dem Land Brandenburg zur Verfügung, es ist eine politische Entscheidung, wofür diese Gelder verwendet werden.

Sabto Schlautmänn

Erstmals tagte Landesdelegiertenkonferenz

Brandenburgs VVN-BdA plant Erinnerungsarbeit

Am 31. Oktober vergangenen Jahres fand in Potsdam die erste Landesdelegiertenversammlung der 2007 gegründeten Brandenburger Landesvereinigung der VVN-BdA statt. Mehr als fünfzig Delegierte und Gäste aus Brandenburg und Berlin diskutierten die Arbeit der zwei zurückliegenden Jahre, die vor allem durch den Vereinsaufbau bestimmt waren, beschlossen künftige Vorhaben und wählten einen neuen Landesvorstand.

Schon die Ortswahl der Delegiertenversammlung war ein politisches Statement. Das so genannte »Lindenhotel« in der Potsdamer Lindenstraße ist den mei-

sten Potsdamerinnen und Potsdamern nur als ehemaliges Gefängnis des MfS bekannt. Dass es sich hierbei jedoch auch um einen wichtigen Ort nationalsozialistischer Verfolgung handelt, an dem das Potsdamer Erbgesundheitsgericht tagte und an dem vom Volksgerichtshof Widerstandskämpfer verurteilt wurden und inhaftiert waren, gerät dabei leicht in Vergessenheit.

Auch die heute dort befindliche Gedenkstätte leistete bisher nur wenig, um diese Geschichte des Ortes in das öffentliche Bewusstsein zu transportieren. Aus diesem Grund und im Rahmen seiner allgemeinen Auseinandersetzung mit der aktuellen Geschichtspolitik ist dies ein wichtiger Ort für die

Brandenburger Landesvereinigung.

Auf dem Gebiet der Geschichtspolitik, der Auseinandersetzung mit dem »Diktaturenvergleich« und der Erhaltung antifaschistischer Denkmale wird sich die Landesvereinigung in den nächsten zwei Jahren verstärkt engagieren, ebenso wie bei der Bekämpfung von Neonazismus und Neofaschismus.

Mit einer Satzungsänderung wurde die formale Struktur des Vorstandes der Realität der politischen Arbeit angepasst. Künftig wird der Verein nach außen durch drei gleichberechtigte Sprecherinnen und Sprecher statt wie bisher durch einen Vorsitzenden repräsentiert. **H.P.**

Bitte unterstützen Sie uns! Schreiben Sie an unsere Postfachadresse einen Unterstützungsbrief, den wir an die Verantwortlichen im Land Brandenburg weiterleiten!

Die Anschrift:

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V., Postfach 141623, 10149 Berlin

Weitere Informationen im Internet unter: www.maedchen-kz-uckermark.de/ Spendenkonto: Initiative Gedenkort KZ Uckermark. Postbank Berlin, Konto-Nr.: 468 579 106, BLZ: 100 100 10

Redaktion: Hannes Püschel

VVN-BdA Land Brandenburg
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,
Fax: (03 31) 2 80 58 81
E-Mail: vvn-bbg@gmx.de
www.brandenburg.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto: GLS Bank,
BLZ 430 609 67, Konto 1102 861 500

»Erinnern, mahnen und handeln!«

Gedanken zum 13. Februar 2010 in Dresden

2010 jährt sich die Zerstörung Dresdens zum 65. Mal. Seit 1946 ist jeder 13. Februar für die Kameradinnen und Kameraden unseres Verbandes zuallererst ein Tag des Gedenkens. Sie haben in Verbundenheit mit allen Dresdnern guten Willens in diesen mehr als sechs Jahrzehnten eine Vielfalt des Erinnerns erlebt.

Es ist normal, dass manche Veranstaltung sich tiefer in das Gedächtnis eingepägt hat als andere. Dazu gehören – leider nur noch bei wenigen – die 20 Gedenkveranstaltungen in Kinos, Schulen und Sälen im Jahre 1946 unter der Losung »Dresden, die traurige Bilanz des hitlerischen Raubkrieges«. Oft wird über die zentralen Friedenskundgebungen in der gesamten DDR am 13. Februar 1950 berichtet. In Dresden fand an diesem Tage eine Großkundgebung auf dem Karl-Marx-Platz (heute Palaisplatz) mit 100 000 Teilnehmern statt.

Großkundgebungen prägen das Erinnern bis zum Beginn der siebziger Jahre und wieder ab 1983. Sie werden ergänzt durch das offizielle Gedenken auf dem Heidefriedhof und durch eine von Anfang an vorhandene Fülle von kulturellen und religiösen Programmen. Jeder Dresdner hatte so die Möglichkeit, sich auf seine Weise in die Gedenkkultur seiner Stadt einzubringen.

Das traditionelle offizielle Gedenken der Stadt Dresden wird, so hat es die Oberbürgermeisterin Frau Helma Orosz (CDU) erst am 14. Dezember in einem Interview in der »Sächsischen Zeitung« erklärt, an der Gedenkstätte für die Toten der Luftangriffe auf dem Heidefriedhof stattfinden. »

Unklar ist, ob an diesem offiziellen Gedenken an der Seite der Repräsentanten der Stadt, der Vertreter der Alliierten, der Dresdner



Dresdner Heidefriedhof: Nelken zum Gedenken.

Bild: Daniel Weigelt

Bürger und auch an unserer Seite wie 2009 wieder Neonazis teilnehmen dürfen. Wir finden das unerträglich und erwarten eine Regelung, die so etwas ausschließt.

Die Dresdner Oberbürgermeisterin hat dazu aufgerufen, am Nachmittag des 13. Februar in der Innenstadt eine Menschenkette zu bilden, um das gemeinsame Einstehen für Dresden zu symbolisie-

ren. Sie führte wörtlich aus: »Es geht auf der einen Seite darum, sich an die schrecklichen Ereignisse vor 65 Jahren zu erinnern, zu mahnen, dass sich ein Krieg nicht wiederholen darf. Außerdem geht es darum zu zeigen, dass die Dresdnerinnen und Dresdner keine Nazis in ihrer Stadt haben wollen. Die Menschenkette stellt sich ganz bewusst gegen diesen Missbrauch.«

Ökumenische Gedenkstunde in Netzschkau

Vogtländer gedenken der Opfer des Kindermordes

»Der Kindermord ist klar erwiesen, die Zeugen all' bekunden ihn. Doch nie vergess' ich unter diesen die Kinderschuhe aus Lublin.« Diese Zeilen einer Ballade von Johannes R. Becher kommen mir in den Sinn.

Ich stehe am Volkstrauertag mit einigen Netzschkauer Bürgern im Rahmen einer ökumenischen Gedenkstunde auf dem Friedhof. Vor mir eine Tafel mit eingemeißelten Namen. Weniger die Namen sind es, die mich innerlich aufwühlen, sondern die Lebensdaten. Sie zeigen an, dass es hier um Kinder geht, um kleine Mädchen und Jungen; das älteste 16 Monate alt, das jüngste noch nicht einmal drei Wochen. Hier in unserer Stadt geboren und auch gestorben.

Ihre Mütter waren hierher verschleppte Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine, denen man

nach ihrer Heimat auch noch ihre Kinder raubte. Nein, es war kein »direkter« Kindermord wie in Lublin, es waren Mangelernährung, schlechte hygienische Bedingungen, vor allem aber fehlende medizinische Versorgung. Oder darf, ja muss man diese Tatsachen doch als Mord bezeichnen - Kindermord auch in Netzschkau?

Die Vertreter der Kirchen sprachen von der Verantwortung des Wegsehens, des Geschehenlassens, aber auch von direkter, schwerer Schuld einiger Bürger dieser Stadt. Von all den Verbrechen, die die Faschisten über die Welt brachten, sind die an Kindern wohl die grausamsten. Ihnen wurde das Kindsein verwehrt. Sie konnten weder spielen noch lernen, durften nicht heranwachsen, wie die Schönheiten des Lebens sehen. Kaum geboren, schlossen sich ihre Augen wieder. Jedes ungeliebte Leben ein Verlust für die

Wir finden diese Idee gut und werden uns an der Menschenkette beteiligen.

Frau OB Helma Orosz sagt im oben erwähnten Interview weiter: »Es kommt darauf an, für unsere Stadt einzustehen. Nazis haben in dieser Stadt nichts zu suchen.« Schon Anfang November hatte sie in einem offenen Brief an alle Dresdner erklärt: »Es geht auch immer darum, an diesem Tag ein Zeichen für Versöhnung und Frieden und gegen Gewalt und Hass zusetzen. Rechtsextremisten... treten alles das, wofür die Dresdner Erinnerungskultur steht, mit Füßen. Ihnen geht es nicht um Versöhnung, sondern um Aufrechnung. Sie interessieren sich nicht für die Opfer, sondern verfälschen die Geschichte.«

Das hat für uns die Konsequenz: Wenn Nazis marschieren, werden wir dagegen protestieren! Wenn es notwendig ist, auch mit einer Blockade! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

E. Druschke und K. Jeschke

Menschheit! Vielleicht wäre unter ihnen ein Beethoven, ein Gorki oder eine Palucca gewesen? Wir werden es nie erfahren...

Die Redner erinnerten daran, dass es auch heute noch ähnliche Schicksale in vielen Teilen der Welt gibt, und dass jeder seine persönliche Verantwortung darin sehen sollte, dagegen etwas zu tun. Ich nehme mir vor, mit meinen Freunden diese kleine Gedenkstätte auf dem Netzschkauer Friedhof in Ehren zu halten. Vielleicht kann der eine oder andere Leser dieser Zeilen auch ab und zu eine Blume niederlegen - als kleine Geste der Erinnerung und als stilles Versprechen: Wir werden Euch nicht vergessen - Lena und Viktor, Lisbeth, Viktoria und Johann, Walter, Oswald und Stanislaw, Anatoli und Ella, Eduard, Marian und Nikolai...

Helga Hoffmann, Netzschkau

V.i.S.d.P: Peter Giersch
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

*Dr. Guido Hoyer aus Freising
VVN-BdA Bayern hat
neuen Geschäftsführer*

Dr. Guido Hoyer ist seit Dezember 2009 neuer Landesgeschäftsführer der VVN-BdA, Landesvereinigung Bayern. Er trat die Nachfolge von Ernst Antoni an, der es nach fast zwanzigjähriger Geschäftsführertätigkeit ruhiger angehen lassen und sich intensiver publizistischen Tätigkeiten widmen will.



Guido Hoyer

Guido Hoyer ist 41 Jahre alt, ledig und lebt im oberbayerischen Freising. Der Politikwissenschaftler ist seit 1989 Mitglied der VVN-BdA und Vorsitzender der Kreisvereinigung Freising. Im Rahmen der Arbeit auf Kreisebene ist er bereits mit einigen Veröffentlichungen in der örtlichen Presse hervorgetreten, so über die Todesmärsche, über den Sudetendeutschen-Funktionär Lodgman von Auen und über die Verlegung von »Stolpersteinen«.

Auch in der Landesvereinigung Bayern arbeitet Guido Hoyer schon längere Zeit mit. Seit 2003 ist er einer der bayerischen Landessprecher und war vorher bereits im Landesvorstand tätig. Neben der Arbeit in der VVN-BdA engagiert er sich in der Kommunalpolitik – als Stadt- und Kreisrat – und als Kreisvorsitzender des DGB Freising-Erding.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

**Bitte teilt uns Eure Adressen- oder
Kontenänderungen mit!**

Justiz ebnete Nazis den Weg

Bringt das Bundesverfassungsgerichts-Urteil ein Umdenken?

Wieder einmal hatten ihnen bayerische Gerichte den Weg freigemacht: Am 14. November wurden Naziaufmärsche in München und Wunsiedel zugelassen. Verbote, die von den jeweilig zuständigen städtischen Instanzen ausgesprochen worden waren, wurden von der Justiz im Freistaat verworfen.

In beiden Fällen ging es den Nazis angeblich ums »Gedenken«. Zum wiederholten Male ganz offen um das Anknüpfen an die Tradition der nationalsozialistischen »Heldengedenktage« am Volkstrauertag in München. Und in Wunsiedel um einen »Gedenkmarsch« für den kurz davor verstorbenen NPD-Vizechef und Nazianwalt Jürgen Rieger. Dessen Verbindung zu der oberfränkischen Kleinstadt: »Jahrelang hatten die Bürger gegen die regelmäßigen Heimsuchungen gekämpft, für die eben jener Rassist Rieger verantwortlich zeichnete – und die Bezug nahmen auf den 1987 in Wunsiedel beerdigten Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß« (Süddeutsche Zeitung).

Nur wenige Tage später, am 17. November und unabhängig von den aktuellen Ereignissen in Wunsiedel und München, spricht das Bundesverfassungsgericht sein seit langer Zeit erwartetes Urteil, mit dem erstmals zugestanden wird, dass »angesichts des Un-



Durch die Münchner Sendlingerstraße zieht ein langer Demonstrationzug vom Marienplatz in Richtung Goetheplatz, um dem von der Justiz genehmigten Nazi-»Heldengedenken« Paroli zu bieten. Bild: Antoni

rechts und Schreckens, den die nationalsozialistische Herrschaft verursacht hat«, Einschränkungen der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit möglich seien, wenn die NS-Vergangenheit verharmlost oder verherrlicht würde (wie es etwa bei den Heß-Gedenkmärschen in Wunsiedel lange der Fall war). Das Grundgesetz, so die Richter, könne weithin als Gegenentwurf zum NS-Regime gedeutet werden.

Interessant wäre es gewesen, zu sehen, wie die bayerischen Gerichtsinstanzen, von denen die Naziaufmärsche in Wunsiedel und München am 14. November geneh-

ligt worden waren, entschieden hätten, wäre dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichtes schon da gewesen. Hätte es ein Umdenken gegeben? Vermutlich wird es nicht allzu lange dauern, bis hier neue Proben aufs Exempel gemacht werden können.

In München wie in Wunsiedel jedenfalls waren Mitte November viele Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichsten Alters und politischer Herkunft nicht bereit, den Nazis die Straßen zu überlassen. Sie machten ihren Protest öffentlich und von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch. Dies wird auch weiterhin nötig sein. **E.A.**

Tamtam und Erinnern...

Ein mehr als wunderlicher Kommentar in einer Coburger Zeitung

Eine Morddrohung gegen ein Mitglied des »Coburger Aktionsbündnis gegen rechtsradikale Aktivitäten« (CARA) führte dazu, dass sich in der Stadt Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Parteien – aus dem bedrohten Bündnis, daneben unter anderem Stadtjugendring, Kinderschutzbund, IG Metall, Verdi, Grüne, SPD, und Linkspartei – zusammensetzten, um zu überlegen, wie man gemeinsam neofaschistischen Bedrohungen und Angriffen entgegentreten könne.

In der Diskussion wurde unter anderem auf Beispiele aus Wunsiedel und Gräfenberg verwiesen. Und es gab, wenig wunderlich bei der weltanschaulich und politisch breiten Zusammensetzung der Beteiligten, zu manchen Fragen kontroverse Meinungen.

Die örtlichen Medien waren bei der Veranstaltung ebenfalls dabei. Woraufhin in der Coburger »Neuen Presse«, der wichtigsten Regionalzeitung, die heute Teil des SV-Konzerns ist (in dem auch die Süddeutsche Zeitung erscheint), am 30. Oktober ein Kom-

mentar zu lesen war, den man eigentlich wesentlich weiter rechts-außen angesiedelten Medienprodukten hätte zuordnen mögen. Überschriften mit »Coburg ist nicht Gräfenberg« hieß es:

»Wenn das antifaschistische Tamtam so weitergeht, braucht sich niemand zu wundern, wenn Coburg über kurz oder lang ein Nazi-Problem hat. Denn es wird immer ein paar Ewiggestrige geben, die meinen ihr Mütchen mit Gegendemos kühlen zu müssen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Traunstein

Gedenkstein für jüdische Familie



Am 9. November wurde im oberbayerischen Traunstein ein Gedenkstein enthüllt, der an die Vertreibung der jüdischen Viehhändlerfamilie Holzer in der Reichspogromnacht 1938 erinnert. Insgesamt neun Mitglieder der Familie wurden später von München aus deportiert und ermordet. Eine Initiative aus VVN-BdA, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen und dem

Kreisjugendring hatte das Projekt entwickelt. Es fand vielfältige Unterstützung; auch dank der finanziellen Hilfe durch die VVN-BdA konnte das Vorhaben schließlich verwirklicht werden. Unser Bild (Foto: Privat) zeigt Traunsteins Oberbürgermeister Manfred Kösterke (rechts) mit VVN-BdA-Landessprecher Friedbert Mühldorfer bei der Enthüllung des Gedenksteins.

Tamtam und Erinnern...

(Fortsetzung von Seite 4)

Man muss nur lange laut genug schreien und es wird sich schon irgendwo ein Häufchen verlorener Rechtsextremisten finden lassen. Fertig ist der »Beweis«. Dass es zu einer Morddrohung gegen CARA gekommen ist, ist bedauerlich. Mehr als ein Blatt Papier liegt allerdings nicht vor. Deshalb Coburg in die Nähe von Gräfenberg oder Wunsiedel zu rücken ist abenteu-

erlich und zeugt von blindem Aktionismus.«

Der Autor wendet sich dann an die »politisch gemäßigten Kräfte«, rät ihnen »nachzudenken« und kommt schließlich zu dem fulminanten Schluss: »Mit Würde an die Machtergreifung der NSDAP vor 80 Jahren zu erinnern, stünde dieser Stadt gut an. Auch vor dem Hintergrund von 20 Jahre Mauerfall. Extremismus droht nicht nur von Rechts!«

A. K.

Spurensuche in München

»Initiative historische Lernorte Sendling«

Die Münchener »Initiative historische Lernorte Sendling« begann bereits vor fünf Jahren, sich auf »Spurensuche« zu begeben, und hat seither Orte, an denen die Folgen der NS-Diktatur zu dokumentieren sind, immer wieder öffentlich gemacht. Jüngstes Beispiel war die Präsentation der Projektdokumentation »...nach unbekannt abgewandert« im November 2009.

Mit der Dokumentation erinnert die Initiative an die im Vorjahr von dem Künstler Wolfram P. Kastner mit 20 weißen Koffern inszenierte Kunstinstallation, mit der die Deportation jüdischer Nachbarn in Sendling, die am 20. November 1941 stattgefunden hatte, visualisiert worden war. Ein umfangreiches Programm mit Zeitzeugengesprächen und weiteren künstlerischen Beiträgen war mit dem Projekt »...nach unbekannt abgewandert« verbunden. Die während der Installation entstandene Foto-Dokumentation »...etwas sollte blei-

ben« von Frauke Weck wurde in diesem Jahr nun in einer Ausstellung präsentiert – das Rahmenprogramm der Initiative mit Lesungen, Kino und Stadtführung vertiefte die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge.

Noch »etwas blieb« bereits: Der Bildhauer Gunter Demnig verlegte

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.

Unser Konto: VVN-BdABayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

im Mai an der Kyreinstraße 3 auf Privatgrund, »hart an der Grenze zum öffentlichen Raum«, elf Stolpersteine zur Erinnerung an die von den Nazis deportierten und ermordeten ehemaligen Hausbewohner. Einer der vier exemplarischen Standorte für die weißen Koffer (an



Elf neue Stolpersteine erinnern in der Kyreinstraße an die »nach unbekannt abgewanderten« Nachbarn.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar:

Lina Haag, München, 103 Jahre; Anni Aechter, Herbsleben, 98 Jahre; Hilde Kaim, Bamberg, 87 Jahre; Herta Brich, Weiden, 86 Jahre; Hilde Prockl, München, 85 Jahre; Paula Baumeister, Wassertrüdingen, 84 Jahre; Werner Utzmeier, Augsburg, 70 Jahre; Hans-Georg Frieser, München, 60 Jahre.

Februar:

Hans Koller, München, 83 Jahre; Günther Martin, Hohenpeißenberg, 81 Jahre; Jörg Högemann, München, 75 Jahre; Annemarie Lepthin, München, 70 Jahre; Martin Gruber, München, 65 Jahre; Mariele Chochola, Landshut, 60 Jahre; Justine Wazansky-Krack, Nürnberg, 60 Jahre, Hubertus Häbler, München, 60 Jahre.

der Ecke Impler-Kyreinstraße) hatte die Hauseigentümer so beeindruckt, dass sie sich für ein bleibendes Gedenkzeichen entschieden.

Die »Initiative Stolpersteine für München e.V.« konnte gemeinsam mit der »Initiative historische Lernorte Sendling« die Eigentümergemeinschaft der Kyeinstraße 3 für die Verlegung der Stolpersteine gewinnen. Inzwischen gibt es bereits weitere Interessenten an solchen Erinnerungs- und Gedenkzeichen im Stadtviertel. **G.D.-E.**

Wahr ist: Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zum Naziregime

Neues aus der Schmutzdecke des »Verfassungsschutzes«

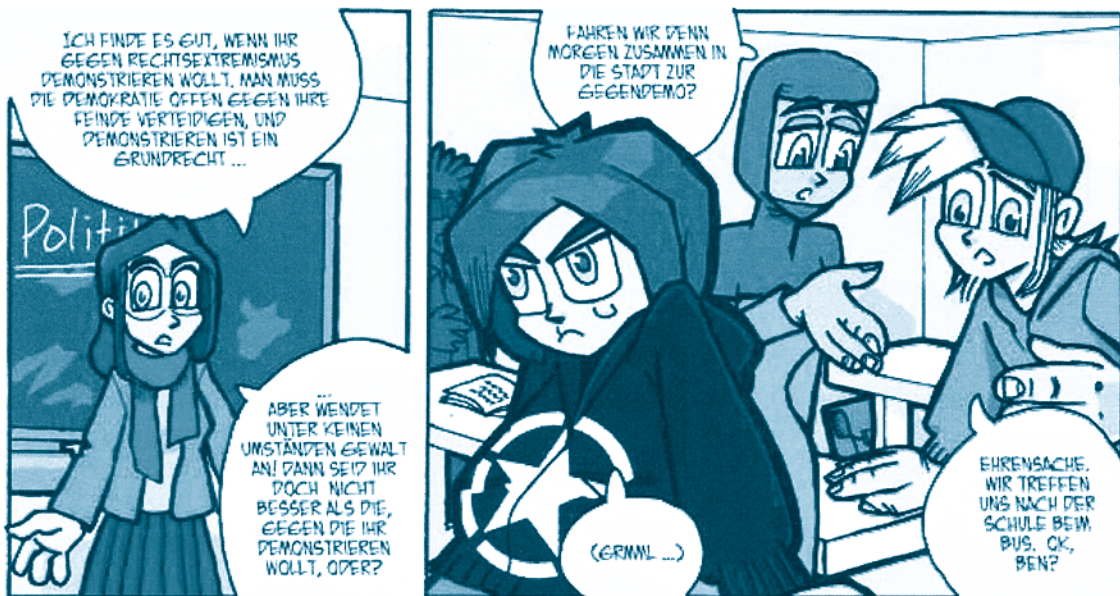
Unter dem Titel »Andi« legt jetzt das NRW-Innenministerium die dritte Ausgabe des »Comic für Demokratie und gegen Extremismus« vor, das zur massenhaften Verteilung an Schulen produziert wurde. Voll im geschichts- und realitätsfälschenden Mainstream wird darin eine kollektive Diffamierung aller betrieben, die gegen Neonazis auftreten. Und es wird die bewährte Gleichsetzung von Links und Rechts, von Faschisten und Antifaschisten neu aufgelegt.

Unter dem Stichwort »Antifaschismus« heißt es auf Seite 19: »Was hat es dann zu bedeuten, wenn sich Linksextremisten als »Antifaschisten« bezeichnen? Linksextremisten verstehen sich nicht einfach als Gegenpol zu Rechtsextremisten. Mit dem Begriff »Antifaschismus« verfolgen sie weitergehende Ziele. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die Bekämpfung des Staates und des Kapitalismus, in dem sie die eigentliche Ursache und Wurzel des Faschismus sehen. In die-

Antifa-Losung wird illegalisiert

sem Sinne beteiligen sie sich oft an Demonstrationen gegen Rechtsextremisten oder veranstalten diese selbst: nicht, um die bestehende demokratische Ordnung zu stärken, sondern um zu beweisen, dass ihre Ideen besser als die jetzige Staats- und Wirtschaftsform sind. Vor allem sprechen Linksextremisten mit dem Slogan »Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen« ihrem politischen Gegner alle demokratischen Rechte ab, zu denen natürlich auch das Recht zu demonstrieren gehört.«

Die Diffamierung derer, die die



»Andi Nr 3« aus dem Landesinnenministerium stempelt Antifaschisten zu Gewalttätern und Verfassungsfeinden.

Quelle: www.im.nrw.de

populäre Losung »Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen« verbreiten, ist eine besonders dreiste Vorgehensweise der Landesregierung. Dazu sagen wir: In der Tat, Herr Innenminister! Im Gegensatz zu Ihnen sprechen wir Neonazis das Recht ab, ihre Propaganda auf die Straße zu tragen! Im Gegensatz zu Ihnen sind wir sogar für ein Verbot der NPD! Im Gegensatz zu Ihnen halten wir Faschismus sehr wohl für ein Verbrechen! Was soll denn z.B. anderes gemeint sein mit den Urteilen von Nürnberg 1945/46? Wenn Sie da anderer Meinung sind, hängt das möglicherweise ursächlich mit den Wurzeln ihrer Partei, der FDP, zusammen, die auf Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 und auf Mitgliedschaft vieler Nazis in der FDP nach 1945 gründen.

Einer der Macher der »Andi«-Reihe, ein Dr. Pfeiffer (Mitarbeiter des Verfassungsschutzes NRW) tingelt als Referent in Sachen »Extremismus« durchs Land. Solche Aktivitäten befinden sich in Widerspruch zu höchsten Gerichten in Bund und Land.

Denn der Vorsitzende des Landesverfassungsgerichtes und des obersten NRW-Verwaltungsge-

richts OVG Münster, Dr. Michael Bertrams, schreibt in der »Neuen Juristischen Wochenschrift« Nr. 44/2004 (siehe Homepage

Bemerkenswertes neues Urteil aus Karlsruhe

www.nrw.vvn-bda.de) in einer Polemik gegen den ehem. Bundesverfassungsrichter Hoffmann-Riem: »Das Grundgesetz ist ein Gegenentwurf zur Barbarei der Nazis. Nazismus ist keine missliebige Meinung, sondern ihm wird vom Grundgesetz eine entschiedene Absage erteilt.«

Die VVN-BdA hat sich zu dem vom höchsten Verwaltungsgericht von NRW dringend befürworteten unterschiedenen Vorgehen gegen Neonazis bekannt, und es ist erfreulich, dass dies auch der Petitionsausschuss des Landtags tat. Der Petitionsausschuss wies zugleich zustimmend auf die umfangreiche Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster – u.a. vom 2. März und 30. April 2001 – hin, nach der sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren lässt (Beschluss des

OVG NRW, Az 5 B B 585/01; siehe auch Briefe des Petitionsausschusses des Landtages vom 11.10.02 und 28.09.01 an die VVN-BdA NRW).

Am 18.11.2009 berichtete nun dpa über das Wunsiedel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, und das ist sehr bemerkenswert: »Wegen der besonderen Geschichte Deutschlands gilt laut Gericht hier (in Sachen Meinungsfreiheit für Nazis) aber eine Ausnahme. Angesichts des Unrechts und des Schreckens, den die Naziherrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht habe, enthalte das Grundgesetz in diesem Punkt eine Ausnahme vom Verbot, ein Sonderrecht gegen bestimmte Meinungen zu schaffen. »Das Grundgesetz kann weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des national-sozialistischen Regimes gedeutet werden.«

Also: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen. Herr Minister, hören Sie auf, den Jugendlichen etwas anderes zu erzählen und die Nazis zu schützen! Wir rufen die Jugendgruppen und Schulklassen auf, zu »Andi« zu sagen: Annahme verweigert.

Jürgen Schuh

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Landtagswahlkampf fordert Engagement

29. Antifaschistische Landeskonferenz

Seit über 30 Jahren organisiert ein Vorbereitungskreis die Konferenzen antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW. Auf Bitten des VVN-BdA-Landesausschusses legte er jetzt eine Konzeption für die 29. Konferenz vor, die am 27. Februar in Duisburg geplant ist.

Dort soll die Zusammenarbeit mit der türkischen demokratischen Bewegung der Arbeitervereine DIDF verstärkt werden, ferner sind die Vereinigungen der Sinti und Roma eingeladen. Zudem wird das Projekt von der Absicht bestimmt, »proNRW« im Ruhrgebiet zu stoppen, die im Ruhrgebiet einen neuen Anti-Islamistenkongress veranstalten möchte, um das ganze mit einem Marsch gegen die Duisburger Moschee zu krönen. »Das macht unsere Konferenz und den Veranstaltungsort noch aktueller«, sagte uns Kurt Heiler vom Vorbereitungskreis. Er schlägt das Motto »Internationale Solidarität gegen nationalen Kleingeist« vor.

Ort der Konferenz ist das Internationale Zentrum Duisburg am Flachsmarkt 15. Dort sollen Themen erörtert werden wie

- ▼ »Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen«,
- ▼ »Gegen die Reduzierung der Menschen auf ihre ›Nützlichkeit‹ für Verwertungsinteressen«,
- ▼ »Antifaschismus war und ist international«,
- ▼ »Der ›Kampf gegen Moscheebau‹ als eine moderne Form des Rassismus«,
- ▼ »Der Migrant als Nazi? Keine Zusammenarbeit mit ›Grauen Wölfen‹ und anderen Rechten«,
- ▼ »Das neue Gesicht der Regierungen - einerseits Integrationsversprechen, andererseits brutale Abschiebungen, z.B. der Roma ins Kosovo«,
- ▼ »Die ›proNRW‹-Gruppen stoppen«,
- ▼ »Der herrschende Kampf gegen Extremismus ist der Kampf der Herrschenden: Kritik des Extremismusbegriffs und der entspre-

chenden Praxis«,

- ▼ »Das Verbot und die Auflösung von Nazi-Kameradschaften, NPD und ›autonomen Nationalisten‹ gegen die Regierung durchsetzen heißt in NRW, erstmal mit der Spitzelarbeit des VS aufzuhören«,
- ▼ »Deutschland wird am Hindukusch verteidigt, aber auch an der Villa Hügel! Der neue deutsche Militarismus nach innen und außen«.

Ein Abschlussplenum rundet die Konferenz ab, nachdem vorher in Arbeitsgruppen gearbeitet werden soll.

Die freundlichen Herren als Helfer der NPD

Kurt Heiler gibt dies zu bedenken: »Mit der 29. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW stehen wir am Beginn des Wahlkampfes in NRW. Antifaschismus ist kein Parteier-satz und steht nicht auf dem Wahlzettel. Landesregierungen scheinen einerseits im Schatten der Bundesregierungen zu stehen, andererseits für die lokale politische Arbeit nicht zuständig zu sein. So profiliert sich die Mitte-Rechts Regierung in NRW als populistische und menschenfreundliche Koalition. Dass die ›freundlichen Herren‹ Lасhet, Rüttgers und Wolf gleichzeitig ein brutales Abschiebungsregime führen, dass sie verantwortlich für die Fortexistenz der NPD, die Duldung und Verharmlosung neonazistischer krimineller Vereinigungen sind, fällt in der Öffentlichkeit kaum auf.«

Es sei eine wichtige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung, ihre Kritik auch im Landtagswahlkampf zu Gehör zu bringen.

Anmeldungen zur Konferenz bitte richten an VVN-BdA Landesverband NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel.: (02 02) 45 06 29, E-Mail: vvn-bdanrw@freenet.de oder an Jürgen Schuh, Tel./Fax: (02 11) 23 18 22, E-Mail: info@vvn-duesseldorf.de

Bundesausschuss dokumentiert Gerichtsstreit mit Gebirgsjägern VVN-BdA informiert über »Mordstruppe«

Die VVN-BdA von NRW hatte 2008/2009 mehrere Prozesse durchzuhalten: Sie sollte von den Anwälten der Gebirgsjäger mundtot gemacht werden. Sie hat sich erfolgreich gewehrt – auch mit Hilfe ihrer Archive.



Nun liegt die Broschüre des Bundesausschusses zu den Vorgängen mit dem Titel »Eine Mordstruppe« vor. Sie wurde zu einer Streitschrift nicht nur im Kampf gegen alte Militärstrukturen, für Entschädigung der Opfer der Wehrmachtsverbrechen und für die Bestrafung der Täter.

Es hat sich als besonders bedrückend erwiesen, dass die VVN-BdA vor Gericht die Zulässigkeit dieser Formulierung durchsetzen musste, die der Kameradenkreis Gebirgsstruppe uns verbieten wollte, nämlich

»...dass der Kameradenkreis nicht nur die Kriegsverbrechen der NS-Gebirgsstruppe verharmlost und die Täter schützt, er ist nun auch dazu übergegangen, die Nichtverfolgung der Untaten als erforderlich für die heutige Kriegsführung der Bundeswehr

und der NATO-Alliierten zu bewerten.«

Wir werden Zeugen sowohl der erschreckenden Bewahrung der NS-Wehrmachtstradition, als auch ihrer Praktizierung, wie im Fall Kundus im September 2009 sichtbar. Für die antifaschistische und die Friedensbewegung ist weiter viel zu tun. Die Broschüre hilft dabei. Sie ist beim VVN-Shop, bei den Landesvorständen und beim Bundesbüro für 7 Euro zu beziehen. **U.S.**

»Zukunftswerkstatt 2010« zur Stärkung der Organisation

Seminar der AG Mitgliedergewinnung

Wege zur Stärkung des Landesverbandes und der Kreisvereinigungen der VVN-BdA standen im Mittelpunkt des eintägigen Seminars »Zukunftswerkstatt 2010«, zu dem die im Sommer 2009 gegründete AG Mitgliedergewinnung eingeladen hatte.

Mit 30 TeilnehmerInnen aus zwölf Kreisvereinigungen war das Seminar in Wuppertal gut besucht, und eine konstruktive Arbeitsatmosphäre herrschte vor.

Im Einleitungsreferat der AG wurden zunächst Probleme benannt, mit denen nahezu alle Kreise zu kämpfen haben: Zu wenig jüngere Mitglieder, zu wenig Aktive, kaum Neuaufnahmen; die Kasierung macht Schwierigkeiten. Das Verhältnis des Landesverban-

des zu den Kreisen wurde ebenfalls beleuchtet.

Um weitere Maßnahmen zu planen, stand im ersten Schritt eine umfassende Bestandsaufnahme auf der Tagesordnung; dazu waren die Kreisvereinigungen aufgerufen, die Stärken und vor allem auch die Schwächen ihrer lokalen Arbeit aufzuschreiben. Anschließend wurden diese Ergebnisse auf Stellwänden angebracht und vorgestellt.

In vier Arbeitsgruppen wurde die Diskussion mit den folgenden Themen fortgesetzt:

1. Kommunikation und Vernetzung,
2. Bündnispolitik,
3. Organisationspolitik und
4. Aktionstätigkeit.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Bewegungen gegen die Naziaufmärsche

Ein Erfahrungsbericht aus Siegen

Am 16.12.1944 wurde die Stadt Siegen, damals ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt und Standort vieler Rüstungsbetriebe, erstmalig durch einen großen Luftangriff der Alliierten Streitkräfte getroffen und fast vollständig zerstört. In der Folgezeit erinnerte die Stadt Siegen daran alljährlich mit einem unspektakulären »Stillen Gedenken« in Form einer Kranzniederlegung an einer zentralen Gedenkstätte.

Nachdem die Nazis von den »Freien Nationalisten Siegerland« (FNSI) im vergangenen Jahr erstmalig eine Kundgebung unter dem geschichtsrevisionistischen Motto »Und die Freiheit kam von oben - wir vergessen nicht« angemeldet hatten, bildete sich in Siegen ein breites Bündnis aller Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und gesellschaftlichen Organisationen.

Diesem Bündnis gelang es in 2008, in kurzer Zeit zu einer Gegendemonstration zu mobilisieren. Bei der Abschlusskundgebung vor ca. 2500 Teilnehmern sprach neben dem Bürgermeister und dem DGB-Regionvorsitzendem auch der Sprecher der VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein, Joe Mertens.

Leider waren damit die Aktivitäten des Bündnisses weitgehend erschöpft, nur der Initiative des DGB und der VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein ist es zu verdanken, dass weitere Veranstaltungen ge-

gen die immer dreister agierenden Faschisten zu Stande kamen. So konnte Jürgen Peters vom Antirassistischen Bildungsforum Rheinland zu sehr gut besuchten Vorträgen nach Siegen und in die Nachbarstadt Olpe eingeladen werden.

Auch in diesem Jahr meldete die FNSI durch den mittlerweile zum Stadtverordneten der NPD avancierten Freien Nationalisten Sascha Maurer eine Kundgebung zum 16.12. an.

Auch das Siegener Bündnis formierte sich wieder breiter und bereitete eine Gegenveranstaltung vor. Im Verlauf der Vorbereitungen verlagerte sich der Schwerpunkt der Gegenveranstaltung allerdings immer mehr zu einer reinen Gedenkveranstaltung, was besonders bedauerlich ist, da die Nazis auch in Siegen nahtlos nach bekanntem Muster an der vorherrschenden Gedenkkultur anknüpfen. Der antifaschistische Anspruch ging abhanden und die Veranstaltung sollte um 18 Uhr beendet sein, um dem traditionellen Gottesdienst zu diesem Tag nicht in die Quere zu kommen. Und dies, obwohl die Faschisten für 18.30 Uhr mobilisierten.

Für die VVN-BdA wurde klar, dass ergänzend eine eigene Veranstaltung mit antifaschistischem Inhalt organisiert werden musste, die besonders junge Menschen ansprechen und auf der Straße stattfinden würde. Darüber hinaus unterstützen wir aber auch weiter die Planungen des Siegener Bündnisses.

licht. Die Kreisorganisationen und Aktivisten wurden gebeten, sich beim Bundesbüro Materialien für Infostände zu bestellen, mit denen die Mitgliederwerbung verbessert werden soll.

Ein großes Thema wird die Arbeit mit dem Internet bleiben, in dem große Möglichkeiten bestehen. Schließlich ist ohne Moos nichts los - wenn die Kassierung nicht vollständig ist und wenn nicht neue Finanzmittel erschlossen werden, ist die Organisation gefährdet.

**Sebastian Schröder
AG Mitgliederwerbung**

Mit der Microphone Mafia aus Köln hatten wir schnell Verbindung zu einer außergewöhnlichen Band, die mit ihren Texten und ihrer Musik voll unseren Erwartungen entsprach.

Alice Czyborra (VVN-BdA) und Anna Conrads (Die Linke) hielten sehr gute Reden mit genau den Inhalten, die bei der Gedenkveranstaltung des Bündnisses fehlten, nämlich entschieden dem Neofaschismus in allen Formen entgegen zu treten und dem Kriegskurs der deutschen Außenpolitik eine klare Absage zu erteilen. 200 ZuhörerInnen harrten trotz eisiger Kälte aus.

Besonders die Anwesenheit von Peter Gingolds Tochter Alice, die als jüdisches Kind in einem französischen Versteck überlebte, machte den Charakter der VVN-BdA als Verband in der Tradition antifaschistischer Widerstandskämpfer und bekennender jüngerer Antifaschisten deutlich.

Leider muss aber auch noch angemerkt werden, dass bei allen Aktionen des Tages weniger Menschen als erwartet teilnahmen. Die Nazis hingegen konnten mit 120 TeilnehmerInnen einen Zuwachs verzeichnen. In Siegen bleibt uns also noch viel zu tun.

Torsten Thomas

Abschied von Manfred Demmer †

»Wir werden Deine Arbeit fortsetzen«

Manni – unser Freund, Kamerad und Kampfgefährte – hat uns nach vielen Jahrzehnten gemeinsamen antifaschistischen Kampfes für immer verlassen. Bis in seine letzten Tage ist er seinen Weg konsequent gegangen – leider ohne Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit.



Manni hinterlässt im nordrhein-westfälischen Landesauschuss, im gesamten Landesverband der VVN-BdA eine große Lücke. Manni als gelernter Schlosser, später Drucker, war durch Selbststudium ein vielseitig gebildeter Arbeiter. Als Historiker war er besonders am Aufbau und der Betreuung des Landesarchivs der VVN-BdA NRW beteiligt. Arbeiten über Günter Weisenborn, die Morde in der Wenzelnbergeschlucht und über die Geschichte der VVN-BdA NRW haben wir ihm zu verdanken. Spuren hat Manni als Antifaschist besonders in Leverkusen durch seinen historischen Sachverstand aber auch durch sein mutiges Auftreten in den Auseinandersetzungen mit Alt- und Neonazis, mit Rassisten und Reranchisten hinterlassen.

Manni war ein Kenner der Arbeitermusikultur, und seine Interpretationen von Arbeiterliedern bereicherten manchen Ostermarsch und manche Veranstaltung. Mit seinen gewerkschaftlichen Verbindungen, seinen Kontakten zur jungen Generation haben wir Manni sehr viel zu verdanken.

Lieber Manni! Du hast die Zeit genutzt, die auf Erden Dir gegeben war. Aber sie war zu kurz. Wir werden alles tun, Deine Arbeit fortzuführen.

Deine Kameradinnen und Kameraden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten VVN-BdA, Landesverband NRW

»Zukunftswerkstatt 2010« (Fortsetzung von Seite 7)

Die Resultate wurden kurz präsentiert, wobei alle AGs wiederum Stellwände zur Visualisierung verwendeten.

Beschlossen wurde eine Fortsetzung des offenen Diskussionsprozesses für Ende 2010 in Form eines Tagesseminars auf der Basis der jetzigen Ergebnisse und der Maßnahmen und Aktionen, die für 2010 geplant sind. Alle Ergebnisse des Seminars wurden umfassend dokumentiert und werden in einem Reader veröffentlicht.

»Unsere Aufgaben: Erinnern, Gedenken und Handeln«

Berliner VVN-BdA-Delegiertenkonferenz

Am 28. November fand in den Räumen des Dokumentationszentrums für NS-Zwangsarbeit in Schöneweide die zweite Delegiertenkonferenz der Berliner VVN-BdA nach ihrer Neugründung im November 2005 statt.

Die informative Führung von Nicole Warmbold und Daniela Geperts Grußwort des Dokumentationszentrums mit dem Ausblick auf künftige Vorhaben waren eine gute Einstimmung. In den neunziger Jahren hatte der Bund der Antifaschisten Treptow zu den Initiativen gehört, die dafür sorgten, dass der authentische Ort mit den Baracke erhalten blieb.

Zu Beginn gedachten wir der in den letzten beiden Jahren verstorbenen Mitglieder. Der Bericht des Landesvorstandes und die Diskussion verdeutlichten, dass unsere Vereinigung dank der Aktivitäten vieler Mitglieder, der Mitgliedsorganisationen und des Landesvorstandes an Ausstrahlung gewonnen hat. 90 neue Mitstreiter sind der Berliner Vereinigung seit Ende 2007 beigetreten. Damit hat sich die Zahl der Mitglieder bei ca. 900 stabilisiert. Wir finden für unsere Vorhaben zunehmend mehr Akzeptanz, Anerkennung und auch Bündnispartner.

Davon zeugen die Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Berliner VVN im Berliner Abgeordnetenhaus, die Feiern zum Tag der Befreiung und zum Tag des Sieges am 8. und 9. Mai im Treptower Park, der Tag der Erinnerung und Mahnung und auch die Gala zur Eröffnung der neuen nonpd-Kampagne in der WABE.

Auf der Festveranstaltung im Januar 2008 wurden Verfolgte des Naziregimes für ihr Engagement in der VVN und ihren Einsatz als Zeitzeugen geehrt. Inzwischen hoch betagt, berichten sie über ihre Erfahrungen und Erlebnisse. Mit großer Herzlichkeit wurde der 97-jährige Erwin Schulz begrüßt, der in der Diskussion über seine Begegnungen mit Jugendlichen sprach.



Erwin Schulz und Evrim Baba.

Nach und nach übernehmen die Zeugen der Zeugen die Aufgabe, die großen und kleinen Erzählungen, das Wissen über Verfolgung und Widerstand festzuhalten und weiterzugeben. Das zeigen die zahlreichen öffentlichen Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen, die Ehrungen für ermordete Antifaschisten zu runden Geburtstagen in den Straßen, die ihre Namen tragen, aber auch die neuen Ausstellungen zu jüdischem Leben in Pankow und zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation, die Verlegung von 50 Stolpersteinen für den Arbeiterwiderstand, Vorträge, Diskussionen und Lesungen in den Bezirken und Zusammenkünfte mit Jugendlichen. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand wach zu halten und weiterzugeben, dafür neue Formen und Methoden zu entwickeln wie auch weitere Multiplikatoren und Mitstreiter zu gewinnen.

Durch die Kampagne für ein neues NPD-Verbotsverfahren und dank der Bündnis- und Vernetzungsaktivitäten jüngerer Antifaschisten konnte die Berliner Landesvereinigung ihr öffentliches Profil schärfen und zu einem anerkannten Akteur im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus werden. Die Landesvereinigung wird auch künftig gemeinsam mit Bündnispartnern gegen das öf-

fentliche Auftreten von Neonazis protestieren und ihre Aufmärsche blockieren.

Die Berliner VVN-BdA wendet sich entschieden gegen die geplante Umwidmung staatlicher Förderprogramme gegen Rechtsextremismus in ein Programm gegen »Extremismus«, wie es der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung vorsieht. Dies führt zu einer Verharmlosung der Gefahren durch Rechtsextremismus und Rassismus. Evrim Baba, Abgeordnete der Linken im Berliner Parlament, trat dafür ein, dem Antifaschismus in Berlin mehr Gewicht zu geben.

Einstimmig beschlossen wurde, ein Exemplar der überarbeiteten Ausstellung der Bundesvereinigung zum Neofaschismus für die Arbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen zu erwerben, woran sich auch die Mitgliedsorganisationen tatkräftig beteiligen werden.

In der Diskussion sprachen 14 Delegierte und Gäste. Der neue Vorstand wurde in Einzelabstimmung bis auf zwei Gegenstimmen einstimmig gewählt: Andreas Barth, Hans Coppi, Wilhelm Girod, Michael Landmann, Gisela Lingenberg, Vera Seidel und Markus Tervooren. Sehr herzlich dankten die Delegierten dem langjährigen Vorsitzenden Kurt Langendorf für seine aktive Arbeit und wählten ihn zum Ehrenvorsitzenden. **H. C.**

Neue Veranstaltungsreihe

Erster »Antifa-Jour fixe« erinnerte an Margarete Steffin

Am 19. November 2009 um 18 Uhr war es endlich soweit. Mit einer Lesung aus dem Buch »Grüß den Brecht – Das Leben der Margarete Steffin« von Hartmut Reiber startete unser erster »Jour fixe« im Friedrichshainer Café Sibylle.

Die Sängerin und Schauspielerin Gina Pietsch, kongenial unterstützt von Dietrich Petzold auf der Violine, las aus dem Leben der lang vergessenen Berliner Antifaschistin, Mitarbeiterin und engsten Vertrauten Brechts, Margarete Steffin. Der Autor erzählte Interessantes von seiner Entdeckung der ungewöhnlichen Frau.

Über 30 Gäste waren unserer ersten Einladung in das helle und gemütliche Café in der Karl-Marx-Allee 72 gefolgt. Sie waren sich am Ende einig, einen schönen Abend erlebt zu haben. Genau das soll unser »Jour fixe« sein: ein regelmäßiger Treff für Mitglieder und Freunde an einem festen Tag zum Kennenlernen in einer entspannten Atmosphäre. Er kann unser »Gesicht«, unser »Schaufenster« werden.

Wir wollen mit dem Jour Fixe unsere Ansichten, Pläne, unsere Arbeit nach außen tragen und sie für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich machen. Geplant sind Veranstaltungen mit (unseren) Zeitzeugen, zu unseren Kampagnen und Aktionen, Gespräche mit befreundeten Organisationen und interessanten Initiativen im Wechsel mit kleinen kulturellen Veranstaltungen.

Das Cafe Sibylle bietet dazu einen angenehmen Rahmen, eine Tasse Kaffee, ein Glas Wein oder Bier zu trinken und auch eine Kleinigkeit zu essen.

Susanne Kleber

Unser Tipp auch für Berlin-Besucher/innen: Der Jour Fixe findet jeden dritten Montag im Monat um 18 Uhr statt. Siehe Kasten Seite 10

Der 5. Dezember in Königs Wusterhausen

Antifaschistische Blockade des Naziaufmarschs

Am 5. Dezember 2009 protestierten mehr als 500 Menschen in Königs Wusterhausen nahe bei Berlin gegen einen Aufmarsch von 300 Neonazis. Sie waren dem Aufruf des Königs Wusterhausener Bündnisses gegen Rechts »Wenn das erste Lichtlein brennt... antifaschistisches Event statt Nazi-Advent! Sabotieren! Blockieren! Verhindern! KW duldet keine braunen Stiefel!« gefolgt.

Nachdem die Neonazis in KW zuvor drei Jahre lang weitestgehend ungehindert ihre Aufmärsche »für ein nationales Jugendzentrum« durchführen konnten, stellte sich ihnen in diesem Jahr ein breites Bündnis von Bürgerinnen und Bürgern Königs Wusterhausens, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Mitgliedern der Grünen, der SPD, der Linken, der DKP, der VVN-BdA und zahlreiche autonome Antifas in den Weg. Auch das Berliner »Bündnis für Toleranz und Demokratie Treptow-Köpenick« und Berliner Bezirksbürgermeisterinnen hatten Berlinerinnen und Berliner dazu aufgerufen, »Gesicht zu zeigen gegen Naziaufmärsche – auch in Königs Wusterhausen«.

Der Landrat des Kreises Dahme-Spree, Stephan Loge, begrüßte auf der Eröffnungskundgebung die über 500 Demonstranten aus Königs Wusterhausen und Berlin; über 200 waren mit der S-Bahn angereist. Bereits nach etwa 300 Me-



Nach der Demo: Die Polizei kümmert sich um einen Antifaschisten.

tern stoppte die Demonstration zum ersten Mal, um die Route des Neonazi-Aufmarsches zu blockieren. Doch nach einer kurzen Pause zogen vor allem ältere Demonstranten und Parteienvertreter weiter zum Ort der Abschlusskundgebung am Fontaneplatz. Nur 20 Minuten später wurde zum zweiten Mal versucht, den Nazis den Weg zu verlegen, was auch anfänglich gelang: Über eine Stunde wurde die Erich-Weinert-Straße von mehreren Hundert Menschen blockiert die 300 Neonazi-Marschierer wurden gestoppt. Hans Coppi, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA, rief dazu auf, sich nicht in »gute

und böse« AntifaschistInnen spalten zu lassen und gemeinsam zu handeln. Doch auf Grund der Kälte, der langen Wartezeit, aber auch weil weitere eindeutige Signale fehlten, zog am Ende ein Großteil der Demonstration zum nahen Fontane-Platz, zum Weihnachtsmarkt gegen Rechts. Wenig später räumte die Polizei brutal die verbliebene Sitzblockade von etwa 60 überwiegend jungen AntifaschistInnen und machte den Weg für die jubelnden Neonazis frei. Eine VVN-Fahne wurde dabei kurzfristig beschlagnahmt, ein VVN-Mitglied wegen Widerstand angezeigt. Ein Polizeisprecher äußerte dazu, dass es »unverhältnismäßig« wäre, für eine Blockade von »nur« 60 Demonstrantinnen und Demonstranten die Neonazi-Demo umzuleiten.

Dies war eine kurze Lektion für künftiges Engagement gegen Rechts. Bürgermeister Lutz Franzke tat sich mit der Interpretation der überraschend entschlossenen Proteste etwas schwer - er soll sich über »Linksextreme« aus Berlin geärgert haben, die sich Rangeleien mit der Polizei geliefert hätten: »Die Befürchtungen sind eingetreten, dass Königs Wusterhausen als Platz genutzt wird, um Militanz auszuüben und Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften

zu suchen«, zitiert ihn der Berliner »Tagesspiegel«. Damit übertraf er selbst die Polizei, die von einem friedlichen Ablauf der Proteste sprach. Dass gerade junge Antifaschistinnen, SchülerInnen und Mitglieder der Jugendorganisationen von Linke, Grünen, SPD und DKP entscheidenden Anteil auch an der öffentlichen Wahrnehmung und der Organisation der friedlichen, aber entschlossenen Proteste hatten, wurde von Herrn Franzke anscheinend übersehen.

Die antifaschistischen Aktivitäten, die mit einem ökumenischen Gottesdienst, einer Demonstration und einem kleinem »Weihnachtsmarkt gegen Rechts« ganz verschiedene Menschen erreichten, waren ein guter Schritt hin auf eine künftige breite antifaschistische Bündnispolitik und ein Königs Wusterhausen »ohne braune Stiefel«. Ein Sprecher des Bündnisses gegen Rechts betonte erfreut, dass noch nie so viele Menschen in Königs Wusterhausen gegen einen Naziaufmarsch auf die Straße gegangen seien – »wir machen weiter!« Für zwei Mitglieder des Vorstands der Berliner VVN-BdA wird der Tag noch ein juristisches Nachspiel haben. Einer wurde schon am Ort der Blockade von der Polizei kurzzeitig festgehalten, ein weiterer wurde bei der friedlichen und entspannten Abschlusskundgebung von mehreren Polizisten mit äußerster Brutalität verhaftet und in Handschellen unter heftigsten Beschimpfungen zum Polizeirevier verbracht. Vorwurf: Blockade des Naziaufmarschs.

Arthur Nähring

Antifa-Jour-Fixe der Berliner VVN-BdA e.V

jeden 3. Montag im Monat um 18.30 Uhr im Cafe Sibylle in der Karl-Marx-Allee 72, U-Bahn Weberwiese

Nächste Veranstaltung am 18. Januar:

Alles »Extremismus«

Ein Gespräch über Geschichtsrelativierung und die möglichen Auswirkungen der schwarz-gelben Pläne auf die Arbeit gegen Neofaschismus

Es diskutieren: Prof. Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN-BdA und ein(e) Vertreter(in) der Antifa Friedrichshain

Musikalische Begleitung: Alexandra Dimitroff von der Klezmerband »Grüne Kusine« mit Liedern zum Akkordeon.

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030) 29 78 41 78

Fax: (030) 29 78 43 78

Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>

E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA und danken allen sehr, die unsere Arbeit 2009 finanziell unterstützt haben.

Postbank Berlin

Konto-Nr: 315 904 105

BLZ: 100 100 10

NPD-Aufmarsch in Friedberg verhindert

Demonstranten üben Kritik an Justiz und Polizei

Am Kreishaus in Friedberg verkündet ein Riesentransparent »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« – Auftakt zur Demonstration von mehr als 2000 Nazigeegnern gegen den NPD-Aufmarsch, den der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel leider wieder genehmigt hatte. Damit hätten die Neonazis grünes Licht für einen Zug ohne Auflagen durch die Wetterauer Kreisstadt erhalten, zwei Tage vor dem Jahrestag der Pogromnacht. Ein breites »Wetterauer Bündnis gegen Rechts« stellte sich jedoch den rund 100 NPD-Leuten entgegen, blockierte und verhinderte den Aufmarsch.



2000 Antifaschisten stellten sich am 7. November einem Aufmarsch der NPD in Friedberg entgegen.

Auf heftigen Protest stieß die Polizei, als sie die Blockierenden einzesselte und bei rund 300 von ihnen die Personalien aufnahm. Ulrich Wilken, Landesvorsitzender

der hessischen DieLinken und selbst eingekesselt, verurteilte das Vorgehen der Polizei als Rechtsbruch.

Bürgermeister Michael Keller (SPD) hatte zuvor scharf kritisiert, »dass die Rechten mit Hilfe der Gerichte eine Stadt lahmlegen kön-

nen«. Es sei ein »eklatantes Versagen der Politik, dass die NPD noch immer nicht verboten ist«.

P.A.

Gedenkstätte am Ort der zerstörten Synagoge

Darmstadt blieb ohne Hilfe vom Land

In Darmstadt wurde am 9. November 2009 am Ort der von den Nazis zerstörten Synagoge eine Gedenkstätte eröffnet. Sie liegt innerhalb des Klinik-Neubaus in der Friedrichstrasse.

In den Boden eingelassene Intarsien bilden einen didaktischen »Erinnerungsparcours«, der von den Darmstädter Künstlern Ritula Fränkel und Nicholas Morris gestaltet wurde – gedacht als »Gedächtnisspeicher am authentischen Ort«. An Info-Portalen können sich Besucher über die Geschichte der Synagoge und über die Darmstädter Juden seit 1529

informieren, an Bildschirmen erfährt man etwas über das Leben bedeutender jüdischer Persönlichkeiten in Darmstadt. Drei jüdische Zeitzeugen erzählen über ihre Kindheit in Darmstadt, über Verfolgung durch die Nazis und Emigration.

Entdeckung und Bewahrung der Synagogenreste und die Errichtung der Gedenkstätte waren auf vielfachen Widerstand und heftige Auseinandersetzungen gestoßen. Daniel Neumann, Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde in Hessen, sprach eher zurückhaltend von »schockierenden Reaktionen«. Dazu dürfte auch gehören, dass die Hessische Landesregierung es ablehnte, sich an der Finanzierung der Gedenkstätte zu beteiligen. P.A.

Die Gedenkstätte der zerstörten Synagoge ist über den Klinikeingang Bleichstraße zu erreichen. Besichtigungen samstags und sonntags von 11.30 bis 16.00 Uhr.

Jüdisches Leben mehr als Schoah

Neues pädagogisches Angebot in Frankfurt

Seit September 2009 gibt es in Frankfurt/M. ein neues Pädagogisches Zentrum, das gemeinsam vom Jüdischen Museum und dem Fritz-Bauer-Institut getragen wird.

Als Ansprechpartner für Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen will das Zentrum Hilfen geben, Themen aus dem jüdischen Leben vorzubereiten und zu bearbeiten. In einer Selbstdarstellung heißt es: »Es ist zentrales Anliegen, Juden und jüdisches Leben nicht immer wieder unter dem Gesichtspunkt der Verfolgung und des Antisemitismus anzuschauen.«

Dass der letztgenannte Aspekt nicht ausgeklammert werden kann und soll, ist unstrittig. Das pädagogische Zentrum vermittelt daher Inhalte zu den Themen

- ▼ deutsch-jüdische Geschichte im europäischen Kontext,
- ▼ jüdische Gegenwart,
- ▼ Antisemitismus und Rassismus,
- ▼ Holocaust.

Die Angebote werden zielgruppenorientiert konkretisiert, beispielsweise mittels Führungen im Jüdischen Museum, Workshops oder Studientagen. Das Zentrum berät bei der Vorbereitung von Gedenkstättenfahrten und versucht, Zeitzeugen für Gespräche zu vermitteln. Die personellen Ressourcen werden durch das Hessische Kultusministerium bereitgestellt.

Die Angebote richten sich insbesondere an Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der beruflichen Bildung und Weiterbildung, der Erwachsenenbildung sowie die Lehrkräfteausbildung und der Lehrerfortbildung.

Ein erstes Veranstaltungsprogramm mit dem Schwerpunkt der Lehrerfortbildung und einem Angebot für Kinder liegt vor.

Ulrich Schneider

Weitere Informationen über Veranstaltungen und die pädagogischen Konzepte des Zentrums unter:

www.paedagogisches-zentrum-ffm.de

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Ffm,
Tel. und Fax: (069) 5970524

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Gedenkstätte Breitenau

Eine hessische Gedenkstätte wird 25 Jahre alt

Am 14. November 2009 feierte die Gedenkstätte Breitenau im nordhessischen Guxhagen ihr 25-jähriges Bestehen. Anwesend waren neben politischer Prominenz aus Hessen und Nordhessen zahlreiche gesellschaftliche Vertreter, Freunde und Kollegen, die die Arbeit der Gedenkstätte über Jahrzehnte begleitet haben. Es fehlten jedoch die Überlebenden des Lagers, die aufgrund ihres hohen Alters nur schwerlich die Fahrt auf sich nehmen können.

Breitenau war eines der ersten KZ im preußischen Hessen-Nassau, in dem seit dem Frühjahr 1933 politische Gegner des NS-Regimes, Widerstandskämpfer und Funktionäre der Arbeiterorganisationen eingekerkert waren. Nach der Auflösung des Lagers 1934 wurde die Einrichtung seit 1940 erneut als Deportationssammelstelle für die Überführung in das KZ Buchenwald und andere zentrale Lager sowie als »Arbeitserziehungslager« genutzt, in das insbesondere ausländische Zwangsarbeiter überführt wurden, die den Vorgaben der faschistischen Kriegswirtschaft nicht genügten oder gegen die von den Nazis aufgestellten Verhaltensregeln verstießen. Noch in den letzten Tagen vor der Befreiung wurden nahe des KZ 28 Häftlinge von einem Kasseler Gestapo-Kommando ermordet.

Alle diese Tatsachen und Zusammenhänge waren in der öffentlichen Erinnerung Nordhessens viele Jahre verdrängt worden. Ein erstes schriftliche Zeugnis lieferte Willi Belz in seiner Monographie »Die Standhaften«, in der er den Häftlingen des frühen Konzentrationslagers ein literarisches Denkmal setzte. Anfang der 1980er-Jahre begannen Wissenschaftler und Studierende der Gesamthochschule Kassel mit Forschungen zur Geschichte des KZ und förderten neue Informationen und Dokumente zu Tage, wie z.B. das vollständige Häftlingsverzeichnis von Breitenau. Dies unterstützte die öffentliche Debatte, in Kassel und Guxhagen, an diesem Ort eine Gedenkstätte einzurichten. Damals lebten

noch zahlreiche Zeitzeugen, wie Willi Belz oder Georg Merle, die aus eigenem Erleben Informationen über die Realität des Lagers und den Umgang mit der Lagergeschichte beisteuern konnten. Den Zeitzeugen und den Wissenschaftlern war es zu verdanken, dass 1984 in Breitenau die Gedenkstätte entstand.

Träger der Einrichtung war und ist die Universität Gesamthochschule Kassel. Die damalige hessische Landesregierung unterstützte das Projekt über die Landeszentrale für politische Bildung, später stellte das Kultusministerium zusätzlich Lehrerstunden für die Begleitung von Schulklassen zur Verfügung. Der Landeswohlfahrtsverband, Besitzer der Immobilie, begann die Rolle der eigenen Vorläufereinrichtung mit der nötigen kritischen Distanz zu sehen und eine breite öffentliche Debatte führte in Guxhagen selber zum Aufbrechen des spürbaren Widerstands in Teilen der Bevölkerung. Dazu hat besonders die Arbeit des Fördervereins beigetragen, in dem kommunalpolitische Repräsentanten, gesellschaftliche Einrichtungen, Kirchen und andere Gruppierungen eingebunden wurden.

Die VVN-BdA unterstützte und begleitete von Anfang an die Errichtung der Gedenkstätten. Der Landesverband Hessen ist Mitglied im Förderverein der Gedenkstätte. Dabei hat es in den vergangenen Jahren durchaus auch kritische Anmerkungen gegeben, beispielsweise bei der künstlerischen Umgestaltung des Gedenkortes. Jedoch konnten die praktischen Ergebnisse, einschließlich der intensiven Forschungen zum Schicksal einzelner Häftlingsgruppen, immer wieder überzeugend dokumentieren, welche große Bedeutung diese Einrichtung für die regionale antifaschistische Geschichts- und Erinnerungsarbeit besitzt. Besonders hervorzuheben sind die pädagogischen Konzepte für Schulklassen und anderen Jugendgruppen sowie Veranstaltungen, die sich mit dem aktuellen Stand der Forschung zum deutschen Faschismus beschäftigen.

Es ist der Gedenkstätte Breite-

nau zu wünschen, dass die nächsten Jahre der Arbeit nicht durch die dauernden Sorgen um die Finanzierung der Einrichtung und des notwendigen Personals bela-

stet sind. Die politischen Signale während des Jubiläums klangen gut – hoffentlich folgen entsprechende Taten.

Ulrich Schneider

Tagesspiegel schreibt wie im »dienstlichen« Auftrag

Hessische Antifaschisten im Straßenkampf?

Einst war es der rechte Propagandist Gerhard Löwenthal, der im »ZDF-Magazin« in schöner Regelmäßigkeit »linke Unterwanderung« und die »Bedrohung unserer Freiheit durch Kommunisten« präsentierte.

Ihm widmeten die Liedermacher von »Floh de Cologne« die schönen Verse: »Die Milch wird sauer, das Bier wird schal, im Fernsehen spricht der Löwenthal. Den Nazis werden die Augen feucht, der Horror durch die Stube krecht.«

An Löwenthals Zeiten fühlte sich erinnert, wer die Veröffentlichungen von Anfang Dezember im Berliner Tagesspiegel über ein »Terrorcamp« der hessischen autonomen Antifa im Vogelsbergkreis las. Da haben sich doch tatsächlich junge Antifaschisten aus verschiedenen Teilen Hessens im Sommer 2009 getroffen, um einmal ungestört durch Alltag und Öffentlichkeit darüber nachzudenken, wie der zunehmenden Gewalttätigkeit von Neofaschisten in Hessen und ihren Aufmärschen, wie z.B. in Friedberg und anderen Orten begegnet werden kann. Dabei probte man tatsächlich Formen des zivilen Widerstands und überlegte, wie beispielsweise Blockaden von Aufmarschrouten der Nazis möglich wären.

Im Tagesspiegel las sich das jedoch so: »Hier stand Agitation auf dem Programm. Die Linken debattierten über Antinationalismus, Antiglobalisierung, Antisexismus und Antirepression, außerdem wurden hessische »Nazi-Strukturen« seziert. Zwischen Kampftraining und Agitprop gab es veganes Essen aus der

»Volxküche«.« Damit es nicht nur bei einem Rückblick bleibt, orakelt der Tagesspiegel: »Experten befürchten, dass hessische Autonome noch härter zulegen, gegen Rechtsextremisten und die Polizei.«

In dem Artikel selber findet sich kein Hinweis, wieso die Zeitung über ein Ereignis, das vor gut vier Monaten stattfand und ansonsten keinerlei öffentliche Reaktionen hervorrief, an solch prominenter Stelle berichtete. War es vielleicht eine »dienstliche« Veröffentlichung? Dessen ungeachtet ließ es sich die Junge Union eine solche politische Steilvorlage nicht entgehen. Der Kreisverband Vogelsberg, dort, wo neofaschistischer Terror alltäglich ist, forderte vom hessischen Innenminister, nun massiver gegen Linksextremismus vorzugehen.

Für uns Antifaschisten dürfte es jedoch klar sein. Mit dieser Veröffentlichung soll versucht werden, antifaschistisches Handeln und zivilgesellschaftlichen Widerstand auf der Straße zu kriminalisieren und unter »Terrorverdacht« zu stellen. Wenn man in der Landeszentrale für politische Bildung nun eine Totalitarismus-Expertin, die Ende 2008 Ministerpräsident Koch das politische Überleben gesichert hat, mit einer hochdotierten Referentenstelle belohnt, dann wird mit solchen Presseberichten die Vorlage geliefert, nun den »Extremismus von links« zum neuen politischen Schwerpunkt der HLZ zu machen.

Wie sagte doch schon Goethe sinngemäß, man erkennt die Absicht und man ist verstimmt.

Bernd Kant

Für eine Welt ohne Atomwaffen

UNO-Beschlüsse sollen in Aktionen lebendig werden

Eine Fahne zum Gedenken an den Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6. August 1945 wird derzeit zu Fuß oder per Fahrrad durch die ganze Bundesrepublik getragen – von Sylt bis zur Zugspitze.

Sie soll letztlich von einer Jugendlichen am 6. August 2010 im Rahmen der für diesen Tag geplanten großen Gedenkveranstaltung in Hiroshima an japanische Jugendliche überreicht werden – als Zeichen, dass wir in Deutschland an der Seite derer stehen, die dafür kämpfen, dass sich das Verbrechen des 6. August 1945 niemals wiederholt.

Anfang Dezember wanderte die Fahne durch Niedersachsen. Um dem Zusammenhang von Faschismus und Krieg Ausdruck zu geben, wurde eine besondere Strecke gewählt: Ausgangspunkt war die Rampe in Bergen-Belsen, jener Ort, an dem die Häftlinge des KZ Bergen-Belsen von SS-Schergen aus den Waggonen geholt und mit Brutalität die 6 km bis zum KZ getrieben wurden.

In einer kleinen Kundgebung verlas Mechthild Hartung, Sprecherin VVN-BdA Niedersachsen, die Erklärung der FIR zum Beschluss des UNO-Sicherheitsrates vom Oktober 2009. Darin begrüßt die FIR ausdrücklich den Beschluss, der vollständige nukleare Abrü-



Der Start am 6. Dezember am Waggon, mit dem Initiator für die BRD, Kamerad Manfred Sohn, MdL DieLinke (rechts). Bild: Alfred Hartung

stung sowie das Beitreten aller Staaten (wie z. B. Israel, Indien, Pakistan) zum Atomwaffensperrvertrag fordert. »Ziel muss es sein, Atomwaffen grundsätzlich zu ächten und eine weltweite Abrüstung durchzusetzen...«.

Die sechs Kilometer von der Rampe bis zum damaligen KZ gingen wir in Erinnerung an die Leiden der Häftlinge. Am Dokumentationszentrum der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten wurden wir von einem Mitarbeiter der Stiftung empfangen. Er begrüßte die Aktion in unserem Sinne und wünschte ihr Erfolg.

Weltweit werden von tausenden Friedensbewegten entsprechende Aktionen durchgeführt mit dem Ziel, dem Traum von einer Welt oh-

ne Nuklearwaffen näher zu kommen. Dafür werden Millionen Unterschriften unter den »Appell für eine von Kernwaffen befreite Welt« gesammelt. Diese Unterschriften sollen am 2. Mai den Staatsmännern und –frauen bei der UNO in New York überreicht werden, die über eine Aktualisierung des Atomwaffensperrvertrages verhandeln.

Von der deutschen Regierung fordern wir, dass die rund 20 Atombomben, die derzeit einsatzbereit in Büchel in Rheinland-Pfalz lagern, sofort abgezogen werden.

Mechthild Hartung

Unterschriftenlisten und Infos unter:
www.friedensmarsch-fuer-hiroshima.de

Region Hannover: Netzwerk hält Erinnerung wach

Unter der Trägerschaft der Region und der Landeshauptstadt Hannover haben sich in drei Jahren 30 Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen zum Netzwerk »Erinnerung und Zukunft« zusammengeschlossen. Ziel ist »die Förderung der Erinnerungsarbeit in der Region Hannover«.

Das Netzwerk soll laut Präambel dazu beitragen, »dass sich in der Region Hannover dauerhaft mit den NS-Verbrechen als Menschheitsverbrechen auseinandergesetzt wird, dass Erfahrungen, Erlebnisse, Deutungen und Forschungsergebnisse an spätere Generationen weitergegeben werden und ihre Bedeutung auf die aktuelle Gegenwart bezogen wird, um sie lebendig zu erhalten«.

Von Beginn an ist auch die Kreisvereinigung Hannover der VVN-BdA im Netzwerk vertreten. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehört die Herausgabe eines Wegweisers »Orte der Erinnerung«, ein »Wegweiser zu Stätten der Verfolgung und des Widerstands während der NS-Herrschaft in der Region Hannover«. Eine Fachtagung zu Schulfragen wurde durchgeführt und eine ständige Arbeitsgruppe eingerichtet. Kontinuierliche Arbeitsbeziehungen bestehen zum Historischen Seminar der Universität und zur Fachhochschule Hannover. Einen breiten Raum nehmen dabei die Planungen für eine Neugestaltung der Gedenkstätte Ahlem ein. Eine aktuelle Internetpräsenz wurde in Zusammenarbeit mit der Berufsbildenden Schule für Multimedia erarbeitet.

Am 11. Dezember 2009 traf sich das Netzwerk, um seine Arbeit zu bilanzieren. Dabei ging es nicht nur um einen beliebigen Arbeitsabschnitt, denn die Koordinatorin Barbara Weber - bisher unermüdlich treibende und Kraft nach innen und außen - hatte beschlossen, ihre Funktion abzugeben und ihre Arbeitsschwerpunkte zu verlagern.

In einem differenziert gehaltenen Referat entwickelte sie die

(Fortsetzung auf Seite 14)

»Mahnmal« ehrt Täter und Opfer

VVN-BdA: Skandalöser Beschluss des Ortsrats von Großburgwedel

Wie wichtig unser Kampf Seite an Seite mit Gleichgesinnten ist, zeigt der Umgang mit Geschichte in Großburgwedel. Die VVN-BdA Niedersachsen wandte sich in einem Brief an Verantwortliche und Betroffene, um den Versuch der gleichzeitigen Ehrung von Tätern und Opfern mittels des Mahnmals in Großburgwedel zu verhindern.



Gedenken in Großburgwedel: Täter und Opfer auf einem Stein. mecki

Angeschrieben wurden die Jüdischen Gemeinden Niedersachsen und Romani Rose von den Roma und Sinti einerseits und der Orts-

bürgermeister von Großburgwedel sowie der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge andererseits.

Am 15. November 2009 fand die Einweihung eines vom Ortsrat beschlossenen, im Diskussionsprozess vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge begleiteten »Mahnmal« statt. Dort sollte gleichzeitig der Opfer des faschistischen Rassenwahns und der Angehörigen der deutschen Wehrmacht gedacht werden, die Einwohner des Ortsteils waren. Schon alleine diese Zusammenstellung verwischt die geschichtlichen Tatsachen: Der rassistische Völkermord wäre ohne den faschistischen

(Fortsetzung auf Seite 14)

Hannover: Netzwerk

(Fortsetzung von Seite 13)

verschiedenen Problem- und Spannungsfelder, die sich u.a. aus den unterschiedlichen Themenstellungen und Erwartungshaltungen der Mitglieder, politischen Widerständen und knappen Ressourcen der öffentlichen Hände ergeben.

In zwei Arbeitsgruppen wurden dann die Fragen der Verbesserung der inneren Kommunikation und der Formulierung und Planung von gemeinsamen Zielen und Projekten des Netzwerkes in Angriff genommen.

Bevor die Versammlung sich der Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppe zuwandte, ergriff Dieter Wuttig vom Fachbereich Bildung und Qualifizierung der Landeshauptstadt das Wort, um die Arbeit von Barbara Weber ausführlich und mit herzlichen Worten zu würdigen. Ihm schloss sich Hans-J. Hermel vom Förderverein Gedenkstätte Ahlem e.V. an. Danach wurde Julia Berlit als neue Koordinatorin vorgestellt.

Reinhold Weismann-Kieser

www.erinnernundzukunft.de

Stadtarchiv Peine: Sonderblatt über 38 Stolpersteine

Bei drei Verlegeaktionen durch den Kölner Künstler Gunter Demnig wurden bisher 38 Stolpersteine in Peine gesetzt. Aus diesem Grund hat das Stadtarchiv Peine ein Sonderblatt herausgegeben, in dem alle 16 Verlegeorte verzeichnet sind.

Bei einer antifaschistisch-jüdischen Stadtführung wurde das Sonderblatt der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben. Dabei baten die Initiatoren um weitere Spenden, um weitere Stolpersteine auch für Zwangsarbeiter zu setzen. Aber auch die Übernahme von Patenschaften zur Pflege der Stolpersteine ist erwünscht.

In Peine wurde das Vorhaben maßgeblich durch die Aktivitäten des Peiner Bündnisses für Zivilcourage und Toleranz initiiert, das größtenteils von der VVN-BdA und Peiner Gewerkschaftern getragen wird.

Peter Baumeister

KdF-Museum: Gefahr gebannt?

Riegers Mietvertrag nicht mehr gültig

Die Nachricht hatte im Sommer 2009 für helle Aufregung gesorgt: NPD-Vize Jürgen Rieger wollte in Wolfsburg eine zentral gelegene Immobilie, direkt gegenüber dem VW-Werk, kaufen und darin ein »KdF-Museum« einrichten.

Ein »Schulterschluss Wolfsburger Demokraten«, dem neben der örtlichen IG Metall die Kirchen, Parteien, verschiedenen Initiativen und auch die VVN-BdA angehören, mobilisierte dagegen die Öffentlichkeit.

Eine große Demonstration im September und regelmäßige Mahnwachen am Samstag in der Wolfsburger Innenstadt brachten den breiten Protest gegen das Neonazi-Zentrum zum Ausdruck. Dennoch vermietete die Besitzerin die Immobilie an Rieger. Die örtliche und überörtliche Naziszene hielt dort seitdem mehrere Treffen ab, bisweilen unter Riegers Anwesenheit.

Der plötzliche Tod des Nazi-Anwaltes hat diese Pläne nun anscheinend beendet. »Die Familie Alsdorff hat über ihren Makler verkünden lassen, dass sie die Immobilie nicht mehr an Neo-Nazis vermieten oder verkaufen wolle. Das ist eine gute Nachricht. Auch wenn ei-

Mahnmal Großburgwedel (Fortsetzung von Seite 13)

Raub- und Vernichtungskrieg nicht möglich gewesen. Welche Wehrmachtseinheiten daran direkt beteiligt waren, welche Soldaten gezwungenermaßen und welche getrieben vom kollektiven Wahnsinn daran teilgenommen haben, ist heute kaum rekonstruierbar. Der Versuch allerdings, neben den 142 Wehrmachtssoldaten fünf SS-Angehörige namentlich zu erwähnen, zeugt von der gänzlichen historischen Ignoranz der Initiatoren. Vollends zum Skandal gerät der Vorgang, weil drei später in Auschwitz ermordete Sinti-Kinder, die zuvor in Großburgwedel zwangsweise untergebracht waren, aus formalen Gründen auf dem Mahnmal nicht genannt werden.



Antifaschist/innen werben vor dem Möbelgeschäft der Familie Alsdorff für alternative Wohnideen.

Bild: Mechthild Hartung

ne gewisse Skepsis bleibt, so dürfen wir das erst einmal als unseren Erfolg verbuchen«, so schätzt Frank Patta, Bevollmächtigter der IG Metall, die Entwicklung ein. Mit einer letzten Mahnwache und einer von fast 5000 Wolfsburger Bürgerinnen und Bürgern in beiden Wolfsburger Tageszeitungen am 12. Dezember geschalteten großen Anzeige »Wir sind Wolfsburg. Bunt statt braun« setzten die Wolfsburger noch einmal ein deutliches Zeichen. »Wir lassen unsere

Konsequenterweise haben die jüdischen Gemeinden, deren Opfer zunächst für ein Gedenken mit dem Mahnmal vorgesehen waren, bei der vom Ortsrat beschlossenen Konstellation der »Burgwedeler Kriegstoten« darum gebeten, »in dieser Gesellschaft« keine jüdischen Namen zu nennen.

Die Gemeinde Großburgwedel muss Wehrmacht und SS aus dem Gedenken heraus nehmen, statt dessen die Sinti-Kinder und Euthanasie-Opfer nennen und der Jüdinnen und Juden weiterhin gedenken. Das fordert die VVN-BdA Niedersachsen e.V. und sie will eine öffentliche Entschuldigung bei den jüdischen Gemeinden und einen neuen Ortsratsbeschluss.

Nach Unkenntlichmachung der Täter soll an der Stelle darauf hingewiesen werden, dass erst durch

Aktivitäten ruhen, weil die aktuelle Herausforderung beendet ist. Das bedeutet aber auch: Wir sind sofort wieder da, wenn es nötig sein wird«, so Frank Patta von der IG Metall.

Alfred Hartung

Die Wolfsburger VVN-BdA nutzte die zahlreichen Aktivitäten, um mehr als 50 Stellungnahmen für die nonpd-Kampagne zu sammeln. Diese können unter www.npd-verbot-jetzt.de gelesen werden. Weitere Eintragungen sind dort noch bis zum 8. Mai erwünscht.

öffentlichen Protest erwirkt wurde, nicht Täter und Opfer gleichzeitig zu ehren.

Mechthild Hartung

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Streit um Gedenktafel

Firma nennt Erinnerung an Naziopfer »geschäftsschädigend«

Die »Georgsburg« ist ein achtstöckiges Hochhaus an der Spaldingstraße in Hammerbrook. In der Nazizeit war hier die »Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie« (»Montan«) untergebracht, eine staatliche Gesellschaft, die im ganzen Deutschen Reich Rüstungsbetriebe hochzog.

Der hintere Teil des Gebäudes wurde im Oktober 1944 zu einem der vielen Außenkommandos des KZ Neuengamme. Mehr als 2000 Häftlinge vorwiegend aus Osteuropa waren hier sechs Monate lang eingesperrt und mussten Trümmer räumen, Gleisanlagen reparieren und Blindgänger entschärfen. Dabei kamen 800 von ihnen ums Leben.

Ende Oktober wurden an dem Gebäude von der Kulturbehörde Gedenktafeln (in Deutsch und Englisch) angebracht und feierlich eingeweiht. Die Veranstaltung verlief nicht reibungslos. Beschäftigte der »Immobilienverwertungsgesellschaft« (IVG, Nachfolgerin der »Montan«) machten Lärm, indem sie die Rollläden hinauf- und herunterließen. Nach drei Wochen waren die Tafeln verschwunden und gingen im Hinterhof, wo die Pas-



Die »Georgsburg« an der Spaldingstraße.

Bilder: VVN-BdA HH

und einer nachträglichen Schändung der Toten. Detlef Garbe von der Gedenkstätte KZ Neuengamme verlangte, die Tafeln an der alten Stelle wieder anzubringen. Nach einigen Tagen geschah das

auch mit den Worten: »Es tut uns leid.« Leid taten der Firma wohl vor allem die groß aufgemachten Zeitungsberichte, die im Gegensatz zu den Tafeln tatsächlich geschäftsschädigend waren. **hjm**

Strafanzeigen gegen Polizisten

Anti-NPD-Demo brutal niedergeknüppelt

Am 12. Dezember hatte die NPD in Blankenese einen Infostand aufgestellt. Als sich eine Gegen-demonstration dem Stand näherte, prügelte die Polizei ohne Vorwarnung auf die Leute ein. Sogar Menschen, die schon gefesselt am Boden lagen, wurden geschlagen und getreten. Auch Unbeteiligte wurden misshandelt, ein etwa 50-jähriger Anwohner wurde auf seinem eigenen Grundstück von mehreren Polizisten traktiert. Zwei Demonstranten wurden so schwer verletzt,

dass sie ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

Die Polizei teilte lediglich mit, dass es zehn Festnahmen gab, zur Sache selbst äußerte sie sich nicht. Sie musste aber einräumen, dass Strafanzeigen gegen die Polizei eingingen und das Dezernat Interne Ermittlungen eingeschaltet wurde. Außerdem gibt es ein parlamentarisches Nachspiel. Ein Abgeordneter aus Altona hat eine Kleine Anfrage an die Hamburger Bürgerschaft gerichtet. **hjm**

Landkreis Harburg: Neonazis im Umland aktiv

Nach Jahren relativer Ruhe sind im Landkreis Harburg wieder Neonazis aktiv. Für den 5. Dezember hatte die NPD eine Demonstration in Buchholz angemeldet unter dem Motto »Kriminelle Ausländer ausweisen«.

Die Stadt drohte, den Aufmarsch zu verbieten, weil an diesem Tag wegen der Aufführung eines Weihnachtsmärchens viele Kinder unterwegs sein würden. Darauf verlegte die NPD die Demonstration auf Januar.

Im Raum Tostedt ist eine Kameradschaft »Gladiator Germania« aufgetreten. Sie gruppiert sich um den Nazi-Szeneladen »Streetwear Tostedt« in Todtglüsing. Dessen Inhaber hatte im November eine »Geburtstagsfeier« durchgeführt, wo mehrere Rechts-Rock-Gruppen auftraten und etwa 150 Neonazis anreisten. Es ist der gleiche Mann, der 1992 in Buxtehude einen ehemaligen Kapitän totprügelte, weil dieser Hitler einen Verbrecher nannte. Dafür musste er eine mehrjährige Haftstrafe verbüßen.

Stadtrat Buchholz gegen »Feinde der Freiheit«

Der Stadtrat von Buchholz verfasste im Dezember eine parteiübergreifende Resolution »Buchholz sagt »Nein« zu Feinden der Freiheit«. Damit auch die CDU zustimmen konnte, richtete sich die Resolution gegen »Extremisten von Rechts und Links«. **hjm**

Ergänzung der Redaktion:

Detlef Garbe hielt Laudatio

Unseren Bericht zur Verleihung der Herbert-Weichmann-Medaille in der letzten **antifa**-Ausgabe möchten wir ergänzen:

Die Laudatio für Elsa Werner hielt Detlef Garbe von der Gedenkstätte KZ Neuengamme, dem wir auf diesem Wege herzlich danken.

VVN-BdA Hamburg



Eine der Gedenktafeln.

santen sie nicht sehen konnten. Aufgedeckt wurde der Skandal von der Hamburger Morgenpost. IVG-Sprecher Jens Friedemann behauptete, die Tafeln seien geschäftsschädigend. Außerdem sei deren Anbringung nicht mit der Kulturbehörde abgesprochen gewesen, was diese jedoch heftig bestreitet. Ruben Herzberg von der Jüdischen Gemeinde Hamburgs sprach von einer Verhöhnung der NS-Opfer

Pollack, sprich gefälligst deutsch!

Auflage des Bergedorfer Jugendamtes diskriminiert polnischen Familienvater

Wojciech Pomorski stammt aus Polen, hat Germanistik studiert und lebt als Sprachlehrer im Hamburger Stadtteil Niendorf.

Schon lange hat er den deutschen Pass in der Tasche. Vor sechs Jahren verschwand seine deutsche Frau mit den beiden gemeinsamen Töchtern. Es kam zum Prozess beim Familiengericht. Der Vater bekam Besuchsrecht, die Töchter (heute neun und zwölf Jahre alt) wurden unter die Aufsicht des Jugendamtes gestellt. Das Jugendamt Bergedorf hatte damals zur Auflage gemacht, dass der Vater beim »begleitenden Umgang« mit seinen Töchtern nur deutsch sprechen dürfe. »Für die Kinder kann die Förderung in der deutschen Sprache nur vorteilhaft sein, da diese in diesem Land aufwachsen.«

Pomorski weigerte sich, der Auflage Folge zu leisten, und der Kontakt wurde verboten. Er sah sich in seinem Persönlichkeitsrecht verletzt, forderte Schmerzensgeld und eine Entschuldigung des Hamburger Staates. Ende November 2009 begann erneut ein Prozess, das Urteil wird für Januar erwartet.

Gerichtsbeschluss erregt Aufsehen in Polen

In Polen erregte der Fall großes Aufsehen. Die Zeitschrift »Newsweek Polska« schrieb auf der Titelseite: »Ist das schon Rassismus? Deutsche Gerichte verbieten polnischen Kindern, mit den Eltern polnisch zu sprechen.«

Zwangsdeutsch für Kinder von Immigrantenfamilien und schlei-

chender Deutschnationalismus im Erziehungswesen scheinen Konjunktur zu haben. Immer wieder werden Versuchsballons hoch gelassen: In den Schulen dürfe während der Pausen nur deutsch gesprochen werden. In die gleiche Richtung zielt der Beschluss des letzten CDU-Parteitags, Deutsch als Landessprache in der Verfassung festzuschreiben. Und das alles natürlich zum Wohle der Integration. Man sagt »Integration«, meint aber Assimilierung und Germanisierung.

Dabei liegt der Vater voll im EU-Trend, wenn er darauf besteht, mit seinen Kindern polnisch sprechen zu dürfen. Nach einer EU-Richtlinie soll jedes Kind mindestens drei Sprachen können: eine Weltsprache (in der Regel Englisch), die Landessprache (bei uns Deutsch)

und als »Hausprache« für Einheimische den örtlichen Dialekt oder eine Regional- oder Minderheitensprache (in Hamburg wäre das Plattdeutsch) und für Immigranten deren Muttersprache. Aber wie man sieht, ist diese Richtlinie wohl noch nicht in deutsche Amtsstuben vorgedrungen.

hjm

Redaktion: H.-J. Meyer

Nächster Redaktionsschluss ist Donnerstag, der 11. Februar.

Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg, Tel.: (040) 314254 E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg Haspa, BLZ 200 505 50 Kto-Nr. 1206/127 183

Lesungen - Filme - Veranstaltungen: Termine der VVN-BdA im neuen Jahr

22. Januar bis 14. Februar »Die Freiheit lebt!« – Widerstand und Verfolgung in Hamburg 1933 bis 1945

Eine Ausstellung der Gedenkstätte KZ Neuengamme. Hamburger Rathaus, montags bis freitags 9-18 Uhr, samstags und sonntags 10-13 Uhr. Eintritt frei.

Sonntag, 24. Januar 2010, Neujahrsempfang für Mitglieder und Sympathisanten

Mit einem Gläschen Sekt, Kaffee, Kuchen, Klönschnack und einem ersten politischen Ausblick ins Jahr 2010. Um eine kurze Anmeldung (gern auch per Anrufbeantworter) wird gebeten. Landesbüro, Hein-Hoyer-Straße 41, ab 15 Uhr

Sonntag, 31. Januar Antifa-Filmreihe: Auschwitz – zwei Dokumentationen

Zwei Filme von Christian Ender und Irmgard von zur Mühlen, 90 min.

Filmbiografie des Holocaust-Überlebenden Werner Bab und ein Film zur Befreiung von Auschwitz.

Christian Ender und Werner Bab werden aus Berlin kommen und stehen im Anschluss an die Vorführung für ein Gespräch zur Verfügung. Kino Metropolis im »Savoy«, Steindamm 54 17 Uhr

Sonntag, 31. Januar »Arisierung« Die GEW, das Geld und die Moral

Buchvorstellung und Szenische Lesungen zum Fall »Ro 19«, mit Rolf Becker, Sylvia Wempner und Jürgen Rufenach Bernhard Nette und Stefan Romey berichten in ihrem Buch »Die Lehrgewerkschaft und ihr Arisierungserbe« aus dem Inneren der Hamburger GEW. Sie dokumentieren aber auch die Geschichte der mit dem Haus Ro 19 verbundenen jüdischen Familien Meyerhof und Hallgarten. Eine Veranstaltung des Konkret-

Literaturverlags, unterstützt von: Fachgruppe Sonderpädagogik der GEW Hamburg, VVN-BdA Hamburg, Vers- und Kaderschmiede Politbüro, Steindamm 45 20 Uhr

Samstag, 20. Februar Gedenkkundgebung zum 67. Jahrestag für die ermordeten Mitglieder der anti- faschistischen Widerstands- gruppe »Weiße Rose«

Redner: Bert Wahls, 2. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme Musikalischer Rahmen: Gruppe ROTDORN Eine Veranstaltung der VVN-BdA unterstützt von: Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Hamburg, Auschwitz-Komitee in der BRD, Deutscher Freidenker-Verband (DFV) HH/Schleswig-Holstein, DKP-Bezirksorganisation Hamburg, DKP Kreisorganisation HH-Wandsbek, Gedenkstätte Ernst Thälmann, PAX Christi Hamburg, Willi-Bredel-Gesellschaft. am Gedenkstein »Weiße Rose«, bei der Passage »Weiße Rose«, Hamburg-Volksdorf, Nähe U-Bahnstation Volksdorf 11.00 Uhr

Sonntag, 28. Februar Antifa-Filmreihe: Hasenjagd

Film von Andreas Gruber, 60 min. KZ Mauthausen im Februar 1945: 500 sowjetische Kriegsgefangene wagen den Ausbruch. Kino Metropolis im »Savoy«, Steindamm 54 17 Uhr

Sonntag, 7. März Gedenkveranstaltung: Blumen für die Valvo-Frauen

Am Internationalen Frauentag wollen wir auch an die Zwangsarbeiterinnen erinnern. Rednerin: Traute Springer-Yakar Bringt Blumen mit! Friedhof Ohlsdorf, Gräber der Valvo-Frauen/Nähe Kapelle 13 11 Uhr

Montag, 8. März Die Frau mit den grünen Haaren

Erinnerung an Gertrud Meyer: Munitionsfabrik, Arbeiter- und Soldatenrat, Kommunistische Partei, verhaftet unter Stalin, antifaschistischer Widerstand. Kulturpalast Billstedt 19.30 Uhr